Nushası 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

		dahil için	hariç için
Aylık	Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

yahud mukabili.
Haftada 6 defa çıkar.

Idarehane:
Galib Dede Caddesi 59
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: Istanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Galib Dede Caddesi 59
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

11. Jahrgang Nr. 11 — Tageszeitung — Istanbul, Dienstag, 14. Januar 1936

Afganisch-iranische Freundschaftsbetonung - Friedensbemühungen
Eine bedeutsame Hofjagd

Venezuela als Oel-Land

Für die internationale Petroleumindustrie ist Venezuela von besonderer Bedeutung. Die Rohölgewinnung des Landes hat im abgelaufenen Jahr 1935 eine Rekordhöhe erreicht, und mit einem Anteil von 9 v. H. der gesamten Welterzeugung nimmt es den dritten Platz unter den Petroleum erzeugenden Ländern ein. Es folgt hinter den Vereinigten Staaten und Rußland. Die wichtigste Grundlage für diese Entwicklung bildete eine konsequente Petroleumgesetzgebung des Landes, die — obwohl sie niemals die wirtschaftlichen Interessen des Staates vernachlässigte — doch den Forderungen und Wünschen der großen Konzerne entsprechen konnte. Vor 25 Jahren (1910) wurden die ersten Schürfkonzessionen erteilt. Das ihr zugrunde liegende Bergbaugesetz wurde 1918 durch ein neues Gesetz ergänzt, dem im Laufe der letzten zehn Jahre noch weitere sechs besondere Petroleumgesetze folgten.

In verhältnismäßig kurzer Zeit hat Venezuela eine beachtenswerte Petroleumgewinnung hervorgebracht. Die Ausbeute des Vorkommens wird in der Hauptsache von der Shellgruppe und dem Standard Oil-Konzern durchgeführt. Beide Unternehmen sind der Welt größte Rohölerzeuger, und aus dem Gebiet Venezuelas nehmen sie mehr als ein Drittel der gesamten von diesen Unternehmen benötigten Rohölmengen. (Shell 34 v. H., Standard Oil 37 v. H.). Dabei wird nur der kleinste Teil der Oelfelder ausgebeutet. Vor Jahren gab es bereits eine Zeit, in welcher Venezula den zweiten Platz unter den Rohölproduzenten einnahm. Es kann nicht schwer sein, im Ernstfalle das jetzt an zweiter Stelle stehende Rußland wieder zu überflügeln. Wenn in den abgelaufenen Jahren die Erzeugung zeitweilig zurücklief, dann war dies nichts anderes als die Folge freiwilliger Einschränkungen der Erzeugung. Auf den großen Feldern, wie Mene Grande, ist heute noch kein einziger Bohrturm, an welchem Petroleum herausgepumpt zu werden braucht, obwohl dort bereits seit 20 Jahren die Rohölgewinnung im Gange ist. Der Ertrag ist noch immer stark genug, um das Petroleum ohne besondere technische Hilfsmittel an der Erdoberfläche gewinnen zu können. Die Oelquellen Venezuelas befinden sich in der Hand weniger großer Gesellschaften. Daraus erklären sich auch die systematischen Einschränkungsmaßnahmen in der Rohölgewinnung dieses Landes, was überall dort nicht möglich ist, solange man es mit einer Reihe von kleinen Erzeugern zu tun hat, wie wir das z. B. in Texas finden.

Trotz dieser an sich einfachen Sachlage haben sich die Erzeugungsziffern in der letzten Zeit stark verlagert, und vieles deutet darauf hin, daß diese Entwicklung keinesfalls beendet ist. Ursprünglich waren es die Tochtergesellschaften der europäischen Unternehmen, die die großen Möglichkeiten Venezuelas als Petroleumland erkannten. Die amerikanischen Petroleumgesellschaften sind — wenn die gesamten Produktionsziffern berücksichtigt werden — inzwischen an die erste Stelle gerückt. Das war aber nur dadurch möglich, daß die Standard Oil of Indiana die Pan-American-Petroleum-Transport-Co. übernahm, die sich vorher schon den Einfluß auf die britische Lago-Oil gesichert hatte.

An sich hat der Staat Venezuela in der denkbar freizügigsten Weise jede Petroleumgewinnung unterstützt. Die Oel- und Erdgasfelder bleiben Eigentum des Staates. Von den gewonnenen Mengen werden 10 v. H. Fiskalabgaben erhoben. Die Regierung kann bstimmen, ob das in barem Gelde oder in Rohöl geschehen soll. Den Petroleumgesellschaften ist es gestattet, alle Maschinen und Materialien für den eigenen Betrieb zollfrei einzuführen. Trotz dieser Erleichterung aber ist die Zahl derRaffineriebetriebe verhältnismäßig gering. Die wenigen Raffinerien der Standard-Oil und Shell-Gruppe sind unbedeutend, und das Rohöl verläßt das Land, um in Niederländisch-Westindien, in Curaçao oder Arubas weiterverarbeitet zu werden. Die Raffinerie der Shell in San Lorenzo hat eine Tageskapazität von 17 000 Barrels. Diejenige von Tarraveld schafft 600 Barrels täglich. Im Gegensatz zu den Betrieben des gleichen Unternehmens in Curaçao mit einer Tagesleistung von 165.000 Barrels und mehr sind die Raffinerien in Venezuela tatsächlich von untergeordneter Bedeutung. Die drei Raffinerien der Standard-Oil in Venezuela verarbeiten zusammen 9400 Barrels täglich.

Die Veränderungen des letzten Jahres liegen nicht in der Schaffung von neuen Raffinerien, sondern in der weiteren Ausdehnung der Konzessionen. Im Jahre 1935 hat die Standard-Oil auf einem Gebiete von 653 850 ha neue Konzessionen erhalten. Die Venezuela Gulf-Oil (Melton-Gruppe) erhielt ein Gebiet von 830.836 ha. Die bisher noch nicht in diesem Lande vertretene Socony-Vacuum erwarb 163.633 ha zur Ausbeute, und die Sinclair-Gruppe sicherte sich weitere 120 000 ha durch ihre Venezuela-Petroleum-Co. Dies bedeutet demnach eine geschlossene und unbedingte Zuversicht in die künftigen Ertragsmöglichkeiten der Petroleumvorkommen in diesem Land. Die neu konzessionierten Gebiete liegen vorwiegend im Osten von Venezuela. Die Stabilität des Ertrages im bisher hauptsächlich ausgebeuteten Gebiet des Mene Grande steht in vollkommenem Gegensatz zu der Entwicklung in Mexiko. Auch dort war im Anfang eine reiche Ausbeute möglich, die nach einer ursprünglich hoffnungsvollen Entwicklung bald eine große Enttäuschung über den Rückgang der Ertragsziffern in vielen Petroleumfeldern brachte.

Es deutet vieles darauf hin, daß die in Mexiko arbeitenden Gesellschaften das Hauptarbeitsgebiet nach Venezuela verlegen. Die bisherige Petroleumpolitik der beiden Regierungen von Mexiko und Venezuela hat zweifellos stark zu dieser Verlagerung beigetragen. Hinzu kommt allerdings, daß es in Mexiko den Petroleumgesellschaften hin und wieder gelang, mehr als es nützlich und tunlich war, sich in die innere Politik des Landes einzumischen. Das energische Durchgreifen des verstorbenen Präsidenten Comez verhinderte ein ähnliches Verhalten in Venezuela. Die Entwicklung der Petroleumgesellschaften innerhalb des Hoheitsgebietes von Venezuela hat jedenfalls bisher gezeigt, daß eine lohnende Oelgewinnung auch ohne politische Streitigkeiten durchführbar ist.

Der afganische Außenminister in Istanbul

Telegrammwechsel mit dem iranischen Außenminister

Der afganische Außenminister Serdar Fayz Mohammed Chan ist, wie wir bereits gestern gemeldet haben gestern vormittag in Begleitung des afganischen Botschafters in Ankara, Sultan Ahmed Chan, und einiger anderer Herren in Haydarpaşa eingetroffen, wo er vonden Spitzen der Istanbuler Behörden mit militärischen Ehrenbezeugungen empfangen wurde.

Der hohe Gast fuhr mit seinem Gefolge in einem Motorboot nach Tophane und von dort im Automobil zum Pera-Palast, wo ihm Zimmer zur Verfügung gestellt wurden. Nach kurzem Aufenthalt im Hotel stattete der afganische Minister dem Oberpräsidenten und Oberbürgermeister Muhiddin Üstündağ einen Besuch ab und ließ bei den Generälen Halis und Fethi Karten abgeben. Im Anschluß daran empfing der Minister den Oberpräsidenten und die beiden Generäle und lud sie zum Frühstück ein. Am Nachmittag legten der afganische Minister und Botschafter Sultan AhmedChan am Republik-Denkmal am Taksim ein prächtiges Blumengewinde nieder.

Während seines Aufenthaltes in Istanbul wird der afganische Minister eine Reihe von industriellen Betrieben und die hiesigen Sehenswürdigkeiten besichtigen.

•

Wie aus Ankara gemeldet wird, hat der afganische Botschafter kurz vor seiner Abreise nach Istanbul in Begleitung des Außenministers Dr. Aras dem Chef des großen Generalstabes, Marschall Fevzi Çakmak, einen Besuch abgestattet. Das Frühstück nahm der afganische Gast gemeinsam mit Dr. Aras im Anadolu-Klub ein. Am Nachmittag wurde in der russischen Botschaft zu Ehren des afganischen Ministers ein Tee-Empfang im engeren Kreise gegeben.

•

Teheran, 13. Jan. (A.A.n.Pars)

Der afganische Außenminister Serdar Fayz Mohammed Chan hat an den iranischen Außenminister Kazimi Chan folgendes Telegramm gesandt:

„Nehmen Sie meinen aufrichtigen Dank für die Bekundungen herzlichen Einvernehmens entgegen, die mir vom Vertreter des Iran in Ankara entgegengebracht worden sind. Es lebe Seine Kaiserliche Majestät der Schah-in-Schah des Iran, und es lebe das edle iranische Volk!"

Der iranische Außenminister antwortete seinem afganischen Kollegen durch Vermittlung der kaiserlich iranischen Botschaft in Ankara mit folgendem Telegramm:

„Durch die aufrichtigen Gefühle, die Eure Exzellenz den Vertretern des Iran hinsichtlich der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des freundschaftlichen Einvernehmens und der Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zum Ausdruck gebracht haben, bin ich tief gerührt. Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen anläßlich der Reise Eurer Exzellenz ebenfalls meine aufrichtigsten Gefühle zum Ausdruck zu bringen und Ihnen meine besten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen sowie für das Wohl und für möglichst große Fortschritte des benachbarten und befreundeten Afganistan zu übermitteln."

•

Teheran, 13. Jan. (A.A.n.Pars)

Anläßlich eines glücklicherweise ohne ernste Folgen gebliebenen Flugzeugunfalles des Sohnes des irakischen Außenministers Nuri Pascha wurden zwischen den Außenministern des Iran und des Irak Telegramme gewechselt, in denen die gegenseitige Sympathie zum Ausdruck gebracht wurde.

Nachrichtenaustausch zwischen der Türkei und dem Iran

Teheran, 13. Jan. (A.A.n.Pars)

Anläßlich der Eröffnung des Nachrichtenaustauschs zwischen der Anatolischen Nachrichtenagentur und der Agentur Pars sowie in Erwiderung auf die freundschaftliche Erklärung des Ministerpräsidenten Ismet Inönü hat der iranische Ministerpräsident Mahmud Dscham an die Anatolische Nachrichtenagentur folgende Erklärung abgegeben:

„Der Tag, wo unsere beiderseitigen Nachrichtenagenturen die hohen Aufgaben übernehmen, die beiden Brudervölker durch einen Austausch von Nachrichten dem gegenseitigen Verständnis näher zu bringen, ist wirklich ein Tag des Glücks und der Freude. Wie S. E. Ismet Inönü bin auch ich überzeugt, daß dieses neue Band wirklich schätzenswerte Dienste für ein besseres gegenseitiges Verständnis und für eine noch engere Annäherung unserer beiden Völker leisten wird. Das iranische Volk wird mit Freude die Nachrichten über das edle türkische Volk aufnehmen, das es unter der erleuchteten Leitung seines erhabenen Führers verstanden hat, im Konzert der Völker einen Platz zu erobern, um den es beneidet wird.

Durch Vermittlung der Anatolischen Nachrichtenagentur bringe ich dem erhabenen und edlen türkischen Volk die Gefühle der Zuneigung und der herzlichen Freundschaft des iranischen Volkes zum Ausdruck."

Aus dem Kamutay

Ankara, 13. Jan.

Der Kamutay trat heute unter dem Vorsitz Fikret Silays zusammen und billigte den Gesetzentwurf über den Nachtrag einer Bestimmung zum Art. 41 des Gesetzes über Ausschreibungen und Versteigerungen.

Dann nahm der Kamutay das Gesetz über die Ausdehnung der Zahlung der bisher nur an die Militärärzte sowie an die im Heere dienstuenden Tierärzte und Apotheker ausgezahlten Ausrüstungsbeiträge in Höhe von 150.— T. Pfd. auch auf die beim Militär tätigen Chemiker, Rechnungsführer, Lehrer und Richter an.

Ferner nahm der Kamutay das Gesetz an, das die Gründung der Ankaraner Fakultät für Geschichte, Geographie und Sprachen zum Inhalt hat.

Außerdem wurde die Vorlage angenommen, durch die die Viehsteuer herabgesetzt wird.

•

Ankara, 13. Jan. (A.A.)

Bei den Teilwahlen, die kürzlich zur Besetzung der freigewordenen Abgeordnetensitze im Kamutay veranstaltet wurden, sind die Kandidaten der Republikanischen Volkspartei, General Pertev Demirhan und Dr. Snim Ali Dilemre für den Wahlbezirk Erzurum, Hulüsi Altaş für Aydin, Frau Hadice Özgenel für Çankiri, Ihsan Kurthan und Ilyas Sami für Muş, Raif Dinç für Zonguldak und Ibrihim Tali Öngeren für Diyarbekir einstimmig gewählt worden.

Wer macht neue Friedensvorschläge?

Brüssel, 13. Januar (A.A.)

In amtlichen belgischen Kreisen wird ein Eingreifen Belgiens in den italienisch-äthiopischen Streit in Abrede gestellt, und man betont, daß alle umlaufenden Gerüchte reine Phantasiegebilde seien.

•

Genf, 13. Januar (A.A.)

Der Reuter-Vertreter berichtet:

In Genf ist von angeblichen Vorschlägen Belgiens nichts bekannt, die daraus hinauslaufen sollten, eine Untersuchungskommission nachAethiopien zu entsenden, die dort die Frage eines Mandats des Völkerbundes über Aethiopien studieren sollte.

Man betont in Genf, daß Mussolini mit dem Plan eines Mandates des Völkerbundes nicht zufrieden wäre, weil dieser Italien keinen großen Einfluß auf die Kontrolle gewähren würde, ganz abgesehen davon, daß weder der Negus noch die übrigen Mitgliedsstaaten eine solche Lösung annehmen würden.

Man weist darauf hin, daß jedes Mandat des Völkerbundes sich auf folgende zwei Punkte stützen müßte:

Erstens, vollständige Gleichheit aller Staaten innerhalb dieses Mandats, ohne irgend einen besonderen Vorteil weder für Italien noch für eine andere Macht.

Zweitens, die italienischen Truppen müßten von äthiopischem Boden zurückgezogen werden.

•

Paris, 14. Januar.

Der französische Ministerpräsident Laval hatte gestern eine Besprechung mit dem Pariser italienischen Botschafter Cerrutti, der dieser Tage von einem kurzen Aufenthalt in Rom nach Paris zurückgekehrt ist.

Dieser Unterredung wird in französischen politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen, weil der Botschafter während seines Aufenthaltes in Rom wichtige Besprechungen mit Mussolini und dem Unterstaatssekretär Suvich hatte.

Andererseits neigt man in französischen politischen Kreisen der Auffassung zu, daß nunmehr auch die italienische Regierung zu einem Entgegenkommen im Streit mit Aethiopien bereit sei und allenfalls damit einverstanden sei, daß ein Untersuchungsausschuß des Völkerbundes nach Aethiopien entsandt werde.

•

Rom, 14. Januar.

Die halbamtliche römische Zeitung „Giornale d'Italia" wandte sich in ihrer gestrigen Ausgabe gegen verschiedene ungünstige Nachrichten über die militärische, diplomatische und innere Lage Italiens.

Das Blatt geht zunächst auf die englisch-französischen Flottenbewegungen ein, durch die Italien jedoch in keiner Weise beunruhigt werde. Immerhin sei aber bemerkenswert, daß die Anhänger der Sanktionen in England und Frankreich diese Flottenbewegungen mit Italiens Zukunft und mit neuen Entschließungen des Völkerbundes in Zusammenhang bringen wollten.

Die italienische Zeitung geht dann auf die ausländischen Blättermeldungen ein, die dahin lauten, daß Italien bei einer Macht Schritte unternommen habe, um aus der gegenwärtigen Bedrängnis herauszukommen. „Giornale d'Italia" betont, daß Italien nicht am Boden liege, sondern nur daran denke, seinen Widerstand zu entwickeln. Es sorge sich nicht um den Frieden, sondern behalte sich volle Handlungs- und Entschlußfreiheit vor. Es denke nur an den Krieg in Afrika und an einen geschlossenen Widerstand gegen die Sanktionen in Europa.

•

Paris, 13. Januar (A.A.)

Der römische Berichterstatter des „Excelsior" berichtet über Gerüchte, die in Rom umlaufen. Nach diesen Gerüchten wird die Nachricht, daß der englische Botschafter, Sir Eric Drummond, wahrscheinlich seinen Ferienaufenthalt wird abkürzen müssen, als eine Bestätigung dafür aufgefaßt, daß den verschiedenen Reisen der Missionschefs der Länder, die an der Lösung des äthiopisch-italienischen Konfliktes am meisten beteiligt sind, wichtige Besprechungen zu Grunde liegen. Nach französischer Auffassung müssen sich wichtige Vorgänge vorbereiten, wenn der englische Botschafter sich gezwungen sieht, früher als er beabsichtigt hatte, auf seinen Posten zurückzukehren.

•

Die allgemeine „Vereinigung für den Frieden", die von verschiedenen Personen von internationaler Bedeutung gebildet wird, prüft gegenwärtig die Möglichkeit einer Ausbreitung ihrer Aktion auf alle Länder. Die Berufung eines allgemeinen Friedenskongresses in London wird für das Jahr 1936 ins Auge gefaßt.

Jagd und Politik

Belgrad, 13. Januar (A.A.)

Nach einer halbamtlichen Mitteilung sind König Carol von Rumänien und Kronprinz Michael gestern auf Schloß Dedinje eingetroffen. Sie begaben sich von dort sogleich nach Petrotschitsch, um an einer Jagd teilzunehmen, die von der Königin-Mutter Marie von Jugoslawien veranstaltet wurde. Außer den rumänischen Gästen nahmen Königin-Mutter Marie, Prinzregent Paul und Ministerpräsident Stojadinowitsch an der Jagd teil. Der König von Rumänien und der Kronprinz sind um Mitternacht wieder nach Bukarest abgereist. Die Königin-Mutter, der Prinzregent und die übrigen Mitglieder des Regentschaftsrates begleiteten die Gäste nach dem Bahnhof Toptschider.

Das Deutsche Nachrichtenbüro erfährt aus politischen Kreisen, daß der Besuch des Königs von Rumänien nicht nur mit den Sühnemaßnahmen gegen Italien und mit der Lage, die sich daraus ergibt, sondern auch mit der Reise des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg nach Prag im Zusammenhang steht. Jugoslawien und Rumänien sind — so wird betont — nach wie vor entschlossen, ihre Politik beizubehalten, die jeder Wiedereinsetzung der Habsburger unbedingt feindselig gegenübersteht.

•

Belgrad, 13. Januar (A.A.)

Es ist nicht ausgeschlossen, daß König Carol und Prinzregent Paul sich während der gestrigen Jagd über politische Tagesfragen unterhalten haben. Prinz Anton von Habsburg scheint an diesen Unterredungen nicht teilgenommen zu haben.

•

London, 13. Januar (A.A.)

Vom Deutschen Nachrichtenbüro:

Die englische Presse nimmt zu dem unerwarteten Besuch des Königs Carol von Rumänien in Belgrad lebhaft Stellung.

Der „Daily Telegraph" meldet aus Belgrad, daß der Besuch trotz der gegenteiligen Verlautbarungen einen politischen Charakter trage, und daß es sich um die Frage der Erdölzufuhr-Sperre handle.

Das gleiche Blatt schreibt weiter, daß dieser Besuch wahrscheinlich eine Reihe von diplomatischen Reisen einleite. Im März wird der rumänische König wahrscheinlich nach London kommen. Dieser Besuch wird zweifellos diplomatischen Zwecken dienen. In letzter Zeit, so schreibt die genannte Zeitung, kann man mehr und mehr feststellen, daß die Staaten der Kleinen Entente den Schutz ihrer Unabhängigkeit mehr bei England als bei Frankreich suchen.

Die neue Stadt „Saarlautern"

Saarbrücken, 14. Januar.

Im Saargebiet erreichten die Gedenkfeiern des Abstimmungstages gestern ihren Höhepunkt, als Reichsinnenminister Dr. Frick, der den Saarländern die Grüße des Führers und seine Wünsche für das Wohl des Landes zum Ausdruck brachte, die neue Stadt „aus der Taufe hob", die durch die Vereinigung von Saarlouis mit den umliegenden vier Gemeinden gebildet wurde.

Dr. Frick gedachte in seiner Weiherede der geschichtlichen Entwicklung des Saarlandes, das vorzeiten einmal im tiefen Frieden von Deutschland losgerissen worden sei. Damals habe die Stadt Saarlouis ihren Namen nach dem französischen König bekommen. Jetzt aber werde der frühere Name wieder hergestellt und die neue vergrößerte Stadt werde wie in alten Zeiten Saarlautern heißen.

•

Berlin, 14. Januar.

Wie Reichserziehungsminister Rust mitteilte, wird Saarbrücken im Herbst dieses Jahres eine Hochschule für Lehrerbildung erhalten. Diese neue Hochschule soll ein Mittelpunkt des kulturellen Lebens im Saarlande werden.

Deutsch-polnische Kulturbeziehungen

Demnächst werden in Warschau zahlreiche Deutsche erwartet. 300 deutsche Rechtsgelehrte werden sich in Warschau bis Ende Januar aufhalten. Der Reichssportführer v. Tschammer, der von deutschen Olympia-Turnern begleitet sein wird, wird eine Reihe von Vorträgen halten. Mit der Hitler-Jugend sind Besprechungen über ein gemeinsames Lager im Gange. Die Hitlerjugend wird nächstens den Besuch der polnischen Jugend von 1935 erwidern. Das Berliner philharmonische Orchester wird in Warschau und Posen unter der Leitung Furtwänglers eine Reihe von Konzerten geben.

Gegenwärtig geben mehrere polnische Künstler, unter ihnen der Tenor Klepura, Konzerte in Deutschland.

Todesurteile in Warschau

Warschau, 13. Januar (A.A.)

Der Prozeß gegen die 12 ukrainischen Terroristen, unter ihnen zwei Frauen, die angeklagt sind, eine Verschwörung gebildet zu haben, durch die der polnische Innenminister Pieracki im Juni 1934 ermordet wurde, ist am Montag zu Ende gegangen.

Das Urteil lautete auf Todesstrafe für die drei Hauptangeklagten. Infolge der jüngst verkündeten Amnestie wird dieses Urteil jedoch in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt.

Zwei weitere Angeklagte wurden zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, die übrigen zu Gefängnisstrafen zwischen 7 und 15 Jahren.

Wahlbewegungen

London, 13. Januar (A.A.)

Baldwin erklärte in einer Botschaft, die er an die Wähler der schottischen Universitäten richtete, er sei der Meinung, daß Ramsay Macdonald bei den Wahlen eine bedingungslose Unterstützung gewährt werden müsse, da es außerordentlich wichtig sei, daß er weiter im Parlament als Mitglied der Regierung sitze, zu deren Bildung er im Jahre 1931 soviel beigetragen habe.

•

Von zuständiger englischer Partei-Stelle wird erklärt, daß die konservative Partei für Macdonald und nicht für den unabhängigen Kandidaten Randolph Churchill bei den Wahlen in Schottland stimmen wird.

•

Cordoba, 13. Januar (A.A.)

Der Führer der spanischen „Volksaktion", Gil Robles, hielt gleichzeitig in drei Sälen des Theaters in Cordoba, die durch Lautsprecher verbunden waren, eine Wahlrede. Er griff heftig den Präsidenten der Republik, Alcala Zamora, und den Ministerpräsidenten Portela Valladares an. Gil Robles warf Zamora vor, daß er der „Volksaktion" die Macht verweigert habe, wo doch diese Partei die stärkste in den Cortes ist. Er klagte Zamora an, unter dem Einfluß der Freimaurer zu stehen. Im Jahre 1933 beauftragte der Präsident, ungeachtet der Gegnerschaft der Radikalen, Martinez Barrio mit der Bildung des Kabinetts, das zu den Wahlen schreiten sollte. Barrio war Freimaurer. Der Präsident habe nun wieder einem Freimaurer, Portela Valladares, den Vorsitz in der Regierung übergeben, die ebenfalls zu Wahlen schreiten soll. Das sei ein Zusammentreffen, das aufgeklärt werden müsse.

•

Madrid, 13. Januar (A.A.)

Der sozialistische Führer der extremen spanischen Linken, Caballero, hielt in Madrid die erste politische Versammlung nach seiner Freilassung ab. Er äußerte dabei an die revolutionäre Bewegung im Oktober 1934. „Ich bedaure nichts", erklärte er. „Ich bleibe Sozialist, Marxist und Revolutionär". Er empfahl jedoch in den Wahlen eine Zusammenarbeit mit den Linksrepublikanern und fügte hinzu:

„Der Endzweck muß in der Eroberung der politischen Macht bestehen. Für den Augenblick handelt es sich darum, die Republik zu retten, und deshalb ist ein Bündnis mit den Linksrepublikanern notwendig".

•

Angouleme, 13. Januar (A.A.)

Auf einer Tagung der südwestlichen Gruppierungen der französischen „Sozialistischen Vereinigung", die von drei sozialistischen Parteien gebildet wird, erklärte der ehemalige Ministerpräsident Paul-Boncour u. a. folgendes:

„Die Vereinigung wird einen Wahlplan, der sich stark an die Pläne der früheren Frontkämpfer anlehnt, einbringen. Es gereicht mir zur Genugtuung, daß ich in diesem Plan die Mitarbeit der Gewerkschaften und derBerufs-Organisationen vorfinde, die ich, als ich an der Macht war, durchzuführen gesucht habe. Ohne diese Anfangsreform ist jede „geleitete" Wirtschaft, die jedoch nötig ist, unmöglich. Was die Außenpolitik betrifft, so bin ich der Ansicht, daß man eine entschiedene Völkerbundspolitik führen und Mittel bereitstellen müßte, um den getroffenen Entscheidungen Achtung zu verschaffen".

•

Brüssel, 13. Januar (A.A.)

Die Brüsseler Zeitung „Le Soir" berichtet, daß mehrere Mitglieder der belgischen nationalen Legion" auf der Straße von politischen Gegnern angefallen wurden.

Im Laufe der Streitigkeiten wurden zwei Legionäre leicht verletzt. Polizei zerstreute die Ruhestörer.

Kurzmeldungen vom Tage

Die Reise des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg nach Prag, die diesen Freitag erfolgen wird, soll, wie angenommen wird, die Annäherung zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei bekräftigen. In gut unterrichteten politischen Kreisen wird von den Prager Besprechungen ein entscheidender Anstoß für die wirtschaftliche Befestigung im Donaubecken erwartet.

•

Eine Mutter kam mit ihren acht Kindern beim Brande ihres Hauses in dem Arbeiterviertel von Tyldesley in Lancashire ums Leben. Der Vater konnte sich retten, indem er vom Fenster des Schlafzimmers herausprang.

Als die Feuerwehr erschien, war das Haus schon ein glühender Trümmerhaufen und es war unmöglich, näher heranzukommen.

•

Der bekannte englische Schriftsteller Rudyard Kipling, ein Siebziger, der kürzlich schwer erkrankte, mußte in der Nacht in das Krankenhaus gebracht werden, wo an ihm eine Magenoperation vorgenommen wurde.

Später wird gemeldet, daß der Zustand des Dichters den Umständen entsprechend befriedigend ist.

•

Aus Tokio verlautet, daß die Besprechungen über die Errichtung von italienischen Konsulaten in Mandschukuo demnächst beginnen werden.

(Siehe auch Seite 4)